

Pressemitteilung des BDPK

„Medizin-Sozialismus“ ist Realitätsverweigerung

Berlin, 13.08.2020 Die von den Linken geforderte Re-Kommunalisierung von Krankenhäusern bewertet der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) als Fantasie, deren Verwirklichung die Gesundheitsversorgung in Deutschland erheblich verteuern und verschlechtern würde. Der BDPK reagierte mit einer heute veröffentlichten Erklärung auf Äußerungen des krankenhauspolitischen Sprechers der Linken-Fraktion im Bundestag, Harald Weinberg, der in der vergangenen Woche behauptet hatte, Gewinne der Krankenhäuser würden auf Kosten der Versorgung von Patienten und auf dem Rücken der Beschäftigten erzielt.

Die beiden BDPK-Vertreter wiesen darauf hin, dass ein Großteil der medizinischen Leistungserbringer in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert sei: Wer privatwirtschaftliches Engagement in der Gesundheitsversorgung ablehnt, will im Ergebnis auch die Abschaffung von freier Arzt- und Krankenhauswahl, will die Therapie- und Niederlassungsfreiheit beseitigen und eine sozialistische Planwirtschaft einführen.“ Alle Leistungserbringer, niedergelassene Ärzte, Zahnärzte, Apotheken und Physiotherapeuten arbeiten hierzulande genau wie die Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken als Einzelunternehmer. Sie alle tragen wirtschaftliche Eigenverantwortung, stehen im Wettbewerb und müssen sich um gute Behandlung und zufriedene Patienten bemühen. Gerade das ist nach Auffassung des Verbandes eine der großen Stärken unseres Gesundheitssystems.

Planwirtschaft sei jedoch erwiesenermaßen ein Irrweg und die Verstaatlichung von Krankenhäusern widerspreche, so Nebel und Bublitz, der freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland. Patienten haben die freie Wahl: Sie können sich in medizinischen Notfällen ebenso wie bei geplanten Behandlungen ihren Arzt und ihr Krankenhaus aussuchen – und das sollte nach Überzeugung des BDPK auch so bleiben. Die beiden Vertreter des Verbandes, der die Interessen von rund 1.300 Krankenhäusern und Reha-Kliniken in privater Trägerschaft vertritt, verwiesen zudem darauf, dass private Klinikträger in den vergangenen Jahrzehnten deutschlandweit hunderte marode Krankenhäuser zumeist aus kommunaler Trägerschaft übernommen haben. Mit ihren Investitionen haben sie wichtige Versorgungsstrukturen und Tausende Arbeitsplätze

erhalten und modernisiert, wo es der Staat nicht mehr konnte. Mehr Staat bedeutet mehr Ausgaben und letztlich höhere Krankenkassenbeiträge für jeden.

Ihr Ansprechpartner:

Antonia von Randow

Pressesprecherin des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken e.V.

Friedrichstraße 60, 10117 Berlin

Tel.: 030 - 2 40 08 99 - 0; [mailto: presse@bdpk.de](mailto:presse@bdpk.de)

www.bdpk.de

Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) vertritt seit über 70 Jahren die Interessen von mehr als 1.000 Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken in privater Trägerschaft. Als deutschlandweit agierender Spitzenverband setzt er sich für eine qualitativ hochwertige, innovative und wirtschaftliche Patientenversorgung in Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken ein.